

Spiegel 7/2010

Deutschland

LANDWIRTSCHAFT

Sonderkonditionen Ost

Ohnehin schon hochsubventionierte Landwirtschaftsbetriebe in Ostdeutschland sollen weitere staatliche Vergünstigungen bekommen. Vor wenigen Wochen einigten sich auf Arbeitsebene die ostdeutschen Länder mit dem Bund, 400 000 Hektar zum größten Teil direkt und ohne Ausschreibung an Großagrar-Betriebe zu verkaufen oder langfristig zu verpachten. Das wäre eine Fläche größer als das Saarland. In den Genuss dieser Regelung sollen 2000 Betriebe kommen, die schon früher Äcker aus Bundesbesitz gekauft oder genutzt hatten. Das sind zum überwiegenden Teil Agrarunternehmen, die aus den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der DDR (LPG) entstanden sind und allein im vergangenen Jahr mehrere 100 Millionen Euro Subventionen erhalten haben. Jeder dieser Betriebe soll nun Anspruch auf bis zu 450 Hektar haben. Der Preis soll sich am Marktwert orientieren, kann aber in den einzelnen Bundesländern je nach „agrarstrukturellen Erfordernissen“ variieren. Ist der Betriebe finanziell nicht in der Lage, den Grund und Boden zu kaufen, kann er für neun Jahre die Äcker

vom Bund pachten. Damit werden die LPG-Nachfolgebetriebe nicht nur gegenüber Privatbauern beim Flächenerwerb bevorzugt, sie können auch künftig mit noch höheren staatlichen Agrarhilfen rechnen. Denn je größer die landwirtschaftlich genutzte Fläche ist, desto höher fallen auch die Subventionen aus. Mit der Vereinbarung, die in Kürze von Bund und den ostdeutschen Ländern paraphiert werden soll, haben sich die



Agrarfahrzeuge im Vogtland

Agrarpolitiker gegen das Bundesfinanzministerium durchgesetzt, das 2009 eine weitgehende Ausschreibung der Flächen verlangt hatte, weil „nur auf dem Wege der Ausschreibung und vergleichbaren Verkaufsverfahren“ der Verkehrswert erzielt werde, so wie es „die Beihilferegulungen der EU“ verlangen

Großbetriebe atmen auf

LANDWIRTSCHAFT Neue Privatisierungsregeln bei der BVVG

Von Martin Usbeck

POTSDAM | Die neuen Spielregeln für die Verteilung der ehemals volkseigenen Äcker und Wiesen in Ostdeutschland stehen fest. Wie das Agrarministerium in Potsdam gestern mitteilte, hat Staatssekretär Jörg Vogelsänger im Namen der Landesregierung die neuen Privatisierungsgrundsätze der Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) unterschrieben. Die BVVG vermarktet die Agrarflächen. Die neuen Richtlinien treten in Kraft, sobald alle Landesregierungen unterzeichnet haben.

Die jetzt beschlossenen Richtlinien verschaffen den Brandenburger Agrarbetrieben eine Atempause. Statt die Flächen sofort zu kaufen, können sie ihren Pachtvertrag um bis zu neun Jahre verlängern. Außerdem können die Betriebe den von der BVVG verlangten Preis per Gutachten überprüfen lassen, falls sie ihn für überhöht halten.

Der Einigung war ein monatelanges Tauziehen vorausgegangen. Die BVVG bietet bislang Flächen, bei denen die Pachtverträge auslaufen, in Ausschreibungen meistbietend zum Verkauf an. Die bisherigen Pächter – meist große LPG-Nachfolgebetriebe – ha-



Pachtverträge für Äcker können verlängert werden. FOTO: DPA

ben allerdings ein Vorkaufrecht. Die BVVG bietet ihnen die Flächen zu dem Preis an, den sie in einer vergleichbaren Ausschreibung erzielen könnte. Weil die Nachfrage nach Agrarflächen zuletzt stark gestiegen ist und deshalb die Marktpreise kräftig anziehen, konnten die alteingesessenen Betriebe oft nicht mithalten. Aus Sorge, dass den Betrieben wichtige Flächen verlorengehen könnten, hatten die ostdeutschen Landesregierungen gegen diese Praxis interveniert. Die Ausschreibungen sind deshalb seit Ende August 2009 ausgesetzt (MAZ berichtete).

Agrarministerin Jutta Lieske (SPD) begrüßte den

Kompromiss. „Für unsere Landwirte wird es bessere Rahmenbedingungen bei der weiteren Privatisierung geben.“ Auch der Landesbauernverband Brandenburg (LBV) ist zufrieden. „Unsere Hauptforderungen – Planungssicherheit für die Bauern, der Erhalt der in 20 Jahren gewachsenen Strukturen und die Anpassung der Preisgestaltung an ein gesundes und normales Maß – sehen wir erfüllt“, sagte LBV-Geschäftsführer Wolfgang Scherfke. Kritik, die Vergabepraxis bevorzuge LPG-Nachfolger und benachteilige Kleinbetriebe, wies Scherfke zurück. „Wir können nicht auf der einen Seite Betriebe in Frage stellen, damit sich auf der anderen Seite andere Betriebe entwickeln können.“

Der Bauernbund Brandenburg, der einen Teil der bäuerlichen Familienbetriebe vertritt, hatte sich im Vorfeld für eine Beibehaltung der Ausschreibungen ausgesprochen: „Für viele Privatbauern sind sie nach wie vor die einzige Möglichkeit, an BVVG-Flächen zu kommen“, sagte Geschäftsführer Reinhard Jung. Er räumte aber ein, dass der Kompromiss den Familienbetrieben, die einen Pachtvertrag mit der BVVG haben, Verbesserungen bringt.

MAZ 19.02.2010